

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

57. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbefehlgebühren. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 30. Oktober 1919

Einzelgenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf. die fünfzeilige Zeile; Anzeigen- und alle sonstigen Reklamengenen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 126

Das Jubiläum des Deutschen Buchdruckervereins

Geschichtlich am 15. August 1919 fünfzig Jahre bestehend, ließen praktische Erwägungen die Prinzipalsorganisation erst in den Tagen vom 14. bis 16. Oktober zu ihrem Jubiläum kommen, weil dieses mit der wohl zum ersten Male seit Kriegsbeginn wieder in vollem Umfange stattfindenden Hauptversammlung verbunden werden sollte. Man feierte und arbeitete also zugleich. Da der „Korr.“ zum eigentlichen Jubiläumstermine der gemäß nicht zu unterschätzenden Bedeutung, daß gerade der Deutsche Buchdruckerverein die älteste Unternehmerorganisation ist, zu der der Gehilfenverband von Anfang an in einem Verhältnis stand wie etwa zwei Großmächte zueinander auf dem Weltmarkt, in einer kleinen Ansprache bereits gedachte, so waren wir von einer Beteiligung an der Gratulationscour sehr erwidert.

Daß eine Buchdruckerorganisation bei einer solchen Begebenheit durch das gedruckte Wort zu wirken suchen wird, muß selbst in einer für gute Druckleistungen viele Hemmnisse bringenden Zeit als selbstverständlich gelten. Aber das „repräsentative Ausgeben von Festdrucksachen“ kann ebenwichtig den richtigen Sinn abgeben für eine fünfzigjährige Entwicklungsgeschichte wie etwa die „Befriedigung einer Standeselite“, die bei einem solchen Anlaß ja wohl menschlich nahelegen könnte. Darin ist Dr. Sella (München) in seinen einleitenden Ausführungen zu dem ausgezeichneten Druckwerke beizupflichten, dessen Verfasser und Gestalter sich bei ihm wohl in einer Person verbinden. Diese offizielle Jubiläumselfgabe mit dem Titel: „Der Deutsche Buchdruckerverein und sein Werden in fünfzig Jahren (1869—1919); ein Versuch zu einer Geschichte seines geistigen Gehaltes und ein Beitrag zur Entstehung gewerblicher Organisation“, ist jedoch nur etwas Vorläufiges, „der geistige Grundriß zu der ausführlichen Geschichte des Deutschen Buchdruckervereins“, so daß man die Erwartungen auf das eigentliche Geschichtswerk Sella über die Prinzipalsorganisation außergewöhnlich hochspannen darf. Was Dr. Sella in seinem „kurzen Überblick“ (32 Folioselten) zu sagen weiß, ist schon eine glänzende Arbeit. Seine früheren Schriften und Artikel haben ihn auch auf Gehilfenfrage als wertgeschätzten Autor über gewerbliche und berufliche Fragen und Probleme erkennen lassen, dem eine freimütige Beurteilung der Dinge und Menschen zu besonderer Anerkennung gereicht. Das ist auch bei dieser kleinen Festschrift, die sich im ganzen aber recht stattlich repräsentiert, wieder mit Genugtuung festzustellen. Die Prinzipalsstellung hat mit Dr. Sella einen sehr guten Griff getan. Er ist der Berufene, verfügt über eine Sprache und einen Stil, durch die man mit Genuß die Materie lebendig werden sieht, in die er zudem meisterlich eingedrungen ist, trotz nur kurzer Zeit, die ihm zur Verfügung stand. Das Verständnis für die Geschichte der Organisationen in unserm Gewerbe ist leider noch nicht genügend entwickelt, obwohl ein jeder darin die beste Lehrmeisterin erblicken sollte und erblicken kann. Es würde von engem Horizont zeugen, wenn man nicht auch von der andern Seite lernen wollte. Die Sella'sche Vorarbeit ist bereits dazu gut geeignet. Von seinem Hauptwerke darf wohl vorausgesetzt werden, daß jedem interessierten Gewerbeangehörigen Gelegenheit geboten wird, es erwerben zu können. Der illustrierte Teil in der jetzigen Ausgabe Probearbeit des charakteristisch als „Buchdrucker und Doktor der Staatswissenschaft“ seine Willkür abgebenden Verfassers findet erklärlicherweise starke Betonung. In Federzeichnungen nach Photographien werden 70 Personenbildnisse und in Ganzseiten 14 Stadtbilder aufgeführt, von denen einige ziemlich vorbelagungen sind. Die klare, kräftige König-Quinta steht auf dem letzten und doch festen Papier, zu dem der Karton der illustrierten Seiten wieder schön harmonisiert und der vornehm-einfache Papier-einband ebenfalls. Die Ausstattung spricht im ganzen vernünftig für die Leistungsfähigkeit der renommierten Firma S. S. Weber.

Die Geschichte des Deutschen Buchdruckervereins, wie sie in einem Auszuge bis jetzt von Dr. Sella vorliegt, will „reklamehaftem Selbstlob“ abhold sein. Wie er einleitend den Organisationsgedanken auslegt, zeigt ihn als einen Modernen, und wenn er mit dem obigen „Wie ich sie auflasse“ unerfreulichen Michaelischen Angedenkens seiner Arbeit einen Vorbehalt glaubt machen zu müssen, so gibt das Weitere keine Veranlassung, ihm etwa mit Vorsicht zu folgen oder Zweifel in seine Objektivität zu setzen. Man mag in diesem oder jenem eine andre Auffassung haben, hier und da auch die Prinzipalsorganisation zu sehr auf Kosten des andern Teiles herausgestrichen finden; zum Beispiel ist dem dem Deutschen Buchdruckervereine zuerkannten Verdienste: „dem Tarifgedanken in der ganzen Welt den Boden bereitet zu haben“, entgegenzustellen, daß der Verband in der Tarifgemeinschaft ersten Periode (1873—1891) der wesentlich aktivere Teil war. Der Gehilfenverband trat den vom Leipziger Streik 1865 datierenden Absichten des Prinzipals Johannes Schneider in Mannheim zur Gründung einer nationalen Prinzipalsorganisation logisch in Starrebildung gegenüber, weil bei Schneiders Abwehr und Kampf gegen unsere Organisation die treibenden Motive waren, was auch Sella zugibt; wir fanden in dieser Position sogar Beistand von dem Gründer und Verleger der „Frankfurter Zeitung“, Leopold Sonnemann, und andern Prinzipalen. Den ersten „reinen Arbeitgeberverein“ an sich zu hintertreiben, lag weder im Willen noch im Können des ja erst drei Jahre alten Verbandes. Tatsächlich ist Schneider mit seiner eigentlichen Tendenz auch bei den Prinzipalen nicht durchgedrungen. Der am 15. August 1869 im Kasino „Hol zum Gutenberg“ in Mainz von 85 Delegierten aus der Laube geborene Deutsche Buchdruckerverein bekam ein andres Gesicht, wurde sogleich in Leipzig anläßlich gemacht unter Leipziger Führung. „Am Anfang war der Kampfgedanke. Er trat zurück vor der Gemeinsamkeitsidee, die gar vieles zu glätten fand, was uneben war auf dem Wege des Buchdruckers.“ Aus Sella's Darstellung wird aber selbst klar, daß diese Entwicklung nicht geradlinig vor sich ging, denn die Interessengegenstände waren nicht nur von Partei zu Partei groß, sondern auch untereinander beträchtlich. In letzterer Beziehung namentlich in dem Unterschiede zwischen Grob- und Feinbetrieb wurde, der früher wie jetzt noch zahlenmäßig stark überwiegt. Darin liegt eine Annahme von Schwierigkeiten für eine Unternehmerorganisation über das ganze Reich, und man muß gerechtfertigt dem Deutschen Buchdruckerverein aus dieser Fehlerquelle unseres Gewerbes heraus manches zugute halten. Damit soll nicht gesagt sein, daß die gar zu vielen „Feinheiten“ allzumal große Sünder sind ihren Kollegen gegenüber wie auch in der Richtung zu den Gehilfen. Das wäre ebenso verkehrt, als im Unternehmer und Kapitalisten durchweg die Schlechtigkeit in Reinzucht verhörrt zu sehen, in dem Arbeiter und organisierten Kapitalbekämpfer aber stets göttliche Menschenkinder zu erblicken. Man muß alle Dinge recht nüchtern betrachten und wird dann die ersten künftigen Machtpotenzen 1873 mit dem Kampfsiele besserer und mitbestimmter Löhne wie 1891/92 um wellgebende Beschränkung der Arbeitszeit, damals unsere Prinzipale den andern Unternehmern mit der Waffe der Ausperrung vorangehend, das andre Mal den Verband als Avantgarde der allgemeinen Arbeiterschaft zeugend, ebenfalls als Geschickliche bewerten, die im Flusse der Entwicklung organisierter Interessenvertretung liegen. Sella behandelt auch das verständnisvoll, ihm ist jedoch der kalte Verstand dabei fremd; er versteht es mehr, als daß er kühl richtig. Sella beurteilt aber die Gründung von Unterstützungs-kassen für die Gehilfen wie die zwar auf anderer Basis erfolgte Errichtung des Gutenbergbundes, „welche auch von gewisser Prinzipalsseite lebhaft gefördert wurde“, als Experimente, die störend in das Verhältnis zum Verband eingreifen mußten. Interessant ist, wie er den Grundgedanken des verlassenen Organisationsvertrags feiert, „aber dies Verhältnis war zu ideal, um Bestand haben zu können“. Den Fonds für besondere Zwecke verleiht er unter dem Gesichtspunkt einer gewissen Selbstverständ-

lichkeit für die Prinzipalsorganisation und weist die dieser damit unterschobenen Tendenzen ab, betonend: „Selbst die Gegner der sozialen Entwicklung sind sich obllig darüber klar, daß schon nach rein rechnerischen Grundlagen für den Fonds die Möglichkeit einer Wirkung als Kriegskasse ausscheidet“. Da wäre denn doch zu fragen, warum dann diese Übung unternommen wurde? Die überblühende Schöpfung, das neue Wirtschaftssamt, ein Produkt der materialarmen Kriegszeit, das schon große Erfolge aufzuweisen hat, findet mit mehr Berechtigung als „Konsumvereinsähnliche Groborganisation“ seinen Beifall. Sella stellt bei allem das soziale Moment in den Vordergrund. Dabei wird die Tarifgemeinschaft zu sehr in Verbindung mit dem Deutschen Buchdruckerverein gebracht und kommt im allgemeinen zu kurz weg; freilich ist er ja auch nicht ihr Geschichtsschreiber. Es verdient noch Erwähnung, daß die 1884 gegründete Deutsche Buchdruckerberufsgenossenschaft die erste ihrer Art war, was ein günstiges Zeugnis für unsere Prinzipalsität ist. Auffallen muß, daß er die Mitgliederbewegung des Buchdruckervereins lüdenhaft behandelt — er mag zu näherem Eingehen jetzt noch nicht genügend Zeit gehabt haben —, aber die dem Auf und Nieder gewidmeten Betrachtungen sind wichtig. In bedrängter Zeit gab es ein Aufschwollen, und wenn dann die gewerbliche Oberfläche wieder glatt war, zogen sich viele als Ruhehörer einfach zurück. Wir möchten an einer kleinen Aufstellung veranschaulichen, wie die Entwicklung hier vor sich gegangen ist. Der Deutsche Buchdruckerverein zählte Mitglieder:

1869:	85	1894:	1358
1870:	416	1904:	2482
1874:	726	1914:	4348
1884:	234	1919:	5000

Eigentlich muß die Verhältnisberechnung nach der Zahl der Gesamtbetriebe vorgenommen werden, wofür mangels vollständiger Erfassung nur die der Berufsgenossenschaft unterstehenden Druckerbetriebe dienen können. Was ungefähr zutreffende Bild würde dann sein, daß der Deutsche Buchdruckerverein bei seinem fünfundsundzwanzigjährigen Jubiläum 27,9 Proz. beim fünfzigjährigen aber 59,5 Proz. der deutschen Prinzipale vereinigte. Gegenüber dem Verbande mit über 90 Proz. der Gehilfen ein beträchtlicher Abstand. Aber es ist zu berücksichtigen, daß außer den Arbeiterdruckerbetrieben und den sogenannten Hausdruckerbetrieben die große Mehrzahl der Fernlebenden recht wenig Gehilfen beschäftigt. Gegenorganisationen hat es verschiedentlich gegeben, jetzt ist nur noch der ganz unscheinbar gewordene Arbeitgeberverband für das Druckgewerbe vorhanden. Mit zum Teil trefflicherem Urteile geht Dr. Sella im Schlußkapitel die Reihe der Männer der Prinzipalsorganisation durch, die führend waren oder es noch sind. Man sieht sie ja auch im Bilde. Manches seiner Kopf, manches tüchtige Kraft und manches guter darunter zu finden, die bis an ihr Lebensende vom Geiste Schneiders behaftet gewesen sind. Was schon die Sella'sche Vorarbeit wertvoll macht, ist der Umstand, daß man aus der Geschichte des andern Teiles für die eigene Sache von neuem Erkenntnis sammelt, die für die eigene Organisationsarbeit ausgenutzt werden kann und auch ausgenutzt werden soll.

Die „Festschrift“ erschien am 15. Oktober als Festsammlung mit verschiedenen zweckmäßigen Umschlüssen und inhaltlich in großer Erweiterung, die sich darstellte durch größtenteils recht lehrwerte Beiträge namhafter Fachmänner, von denen fast jeder die Entwicklung auf seinem Gebiete während der fünfzig Jahre abzuzeichnen und festzuhalten sich bemüht. Die Nr. 42 des Prinzipalsorgans hat zweifellos auch für unsere Leute Interesse. Wenn man den kleinen, in Anbetracht des „Wertobjekts“ aber immer noch zu großen Artikel über die Prinzipalskasse fortgelassen haben würde, hätte niemand etwas entbehrt, es wäre sogar in dem Gesamttrahen ein Schönheitsfehler unterblieben. Der vielseitige redaktionelle Jubiläumskomitee hat in der Sella'schen Vorarbeit der Geschichte des Deutschen Buchdruckervereins eine Konkurrenz. Trotz dem kann sich die Arbeit des Herrn Wiener daneben

behaupen; er ist durch seine schon von 1889 an währende Tätigkeit auf dem wenig angenehmen Redakteurposten der „Zeitschrift“ ein gründlicher Kenner in dem weitesten Bauwerke der Prinzipalsorganisation. Von ihm stammt ja auch die fünfjährige Subläumschrift zum fünfzigjährigen Bestehen im Juni 1894, als Festschrift der „Zeitschrift“ in Sonderdruck damals erschienen. Es ist natürlich nicht ohne Reiz, Keller und Wiener beneidender zu folgen, zumal, wenn man drüben in den Hausnummern und Türen einigermaßen Bescheid weiß. Der „Zeitschrift“-Artikel muß gemäß seiner engen Abgrenzung leistungsfähig in vielen vorbelieben, er ist deshalb auch mehr eine Feststellung des Gewordenen. Wenn es in dem Subläumsartikel heißt, für andre Berufszweige habe ein Verhältnis der Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und Arbeitern wie bei den Buchdruckern erst durch die Revolution nach dem Weltkrieg greifbare Gestalt gewonnen, so ist das im allgemeinen zutreffend. Man hat anderswo in beiden Lagern Jahrzehnte mehr gebraucht, um die richtige Methode zu finden als die meist von ihnen und drüben für harmonisch und gelassenen Buchdrucker, von denen aber das richtige Bild ist, daß sie die richtigen Instinkte zu einer sogar ganz scharfen Interessensvertretung sehr frühzeitig weg hatten. Darüber ließe sich gerade bei dieser Gelegenheit viel reden, jedoch der räumlichen und zeitlichen Beschränkung wegen nur ein Beispiel. Es heißt in dem Subläumsartikel über die Tarifgemeinschaft:

Der Gedanke an die Gründung einer solchen war bereits zur Zeit der Vereinsgründung vorhanden. Die Gehilfenschaft, insbesondere der Verband der Deutschen Buchdrucker, stand aber damals dem Abschluß eines Tarifvertrags zunächst durchaus ablehnend gegenüber. Auch auf Prinzipalsseite war anfänglich dafür nur ein schwaches Interesse vorhanden.

Es ist nicht möglich, aus unserer Verbandsgeschichte das Kapitel der Haus- mit den nachfolgenden Lokals- und dann den Gauhäufigen hier auszulassen zu behandeln. Auf den Seiten 357 und 358 findet man die Begleitumstände bei der Gründung der Prinzipalsorganisation anschaulich wiedergegeben. Auf den Seiten 361—375 ist ausführlich zu lesen, wie die Entwicklung zum Reichstarif vor sich ging, daß er schließlich von den Gehilfen erkämpft werden mußte. Am 10. Oktober 1872 erließ der Verbandsausschuß eine Erklärung für einen allgemeinen Tarif; die Aufstellung eines solchen „als eines gegenseitigen Vertragsverhältnisses“ müsse „Sache zweier gleichberechtigter Faktoren“ sein. Die Stuttgarter Gehilfenschaft hatte schon am 6. April 1872 bei Abbruch ihres Streiks ausgesprochen: „Die Gehilfen erwarten, daß ein durch eine gemischte Tarifkommission ausgearbeiteter Tarif für ganz Deutschland vereinbart werde.“ Aus dem „Korr.“ stehen sich ähnliche Aussagen zittern. Daß auch die Prinzipale die Einzelkämpfe fast hatten, ist wohl richtig. Jedoch wollten sie den Verband nicht als gleichberechtigt anerkennen, versuchten vielmehr den von ihnen ausgearbeiteten „Normaltarif“ auf dem Wege des Diktierens durchzusetzen und waren Gegner der geforderten Alphabetaabrechnung. Der Verband stand mit dem Abschluß eines Tarifvertrags nicht „zunächst durchaus ablehnend“ gegenüber! Die in der „Zeitschrift“ auch erwähnte Gründung der neuen Abwehrorganisation im Sommer 1919, was in Verbindung mit dem Wunsch erfolgt, die „radikalen Kreise der Arbeitnehmerschaft“ möchten auch ohne dieses Zwangsmittel zur Einhaltung von getroffenen Tarifvereinbarungen sich verpflichten, ist ein Punkt, über den man hätte hinweggehen sollen, wie es Dr. Keller getan hat. Wenn nämlich dabei auf die Respektierung von Beschlüssen tariflicher Natur von Seiten der Prinzipale hingewiesen wird, dann ist eine Stelle dabei berührt, die noch zu Anfang dieses Jahres wieder recht wund geworden war, als es sich um die Einführung der Dezemberbeschlüsse handelte, welche aber im Laufe der 50 Jahre häufiger zu den dunklen Punkten in der Geschichte des Deutschen Buchdruckervereins gehört hat. Man braucht nur das Doppelwort Rheinland-Westfalen zu nennen. Wir haben gar kein Recht daraus gemacht, wie die Nichtrespektierung von ordnungsgemäßen Beschlüssen und regelrechten Vereinbarungen zu beurteilen und wie schädlich das Bedreiten von eigenen Wegen ist. In begründeter Weise ist immer der Standpunkt der Zentralisation von uns herausgehört worden, weil das lange Ringen darum sowohl in bezug auf die Organisation wie auf die Tarifgemeinschaft uns aus der eigenen Geschichte in aller Lebendigkeit vor Augen steht und die üblen Konsequenzen des Gegenteils: der Dezentralisation und der kurzfristigen Eigenmächtigkeiten, für die Gehilfenschaft des Verbandes ebenso deutlich von uns gesehen werden. Zu unserer Genugtuung mehrten sich in letzter Zeit ja auch die Beschlüsse, die lokales Vorgehen verwerfen. Aber wir müssen mit der Prinzipalsität darüber noch viel deutlicher deutlich reden und ihr den Vorwurf machen, daß sie durch ihre kurzfristigen Tarifvertragspolitik, die ganz Echterner Art, die beklagten und sogar mit einer Abwehrorganisation bedachten Zustände in Wirklichkeit selbst heraufbeschworen hat! Wir denken nicht daran, dem Deutschen Buchdruckerverein seine manntaligen Verdienste zu schmälern, die Diktatur des

Unternehmertums, die seinem Begründer vorgeschwebt hat, und die stellen- oder zeitweise auch Nachbeter gefunden hat, ist seine Sache nicht gewesen, konnte es auch nicht sein bei einer realpolitisch gelinnten und gewerkschaftlich aufgebauten Gehilfensorganisation als Gegenüber, aber die durch den Weltkrieg geborenen ideologischen Lebensnöte einigermassen ausreichend zu berücksichtigen, ist ihm verlagert geblieben. Warum dieser Abstand wenn auch nicht zu allen so doch zu zahlreichen Unternehmerorganisationen? Die eigenartigen Preis- und Finanzverhältnisse, von denen Dr. Keller ebenso verständlich spricht wie von dem Nichtrechnenkönnen der Prinzipale, sind im Vereine mit dem Übermaß von kaum lebensfähigen Kleinbetrieben die Erbfeinde unsres Gewerbes, die bis in die schwerumbfisteren Tage der Gegenwart fortwirken, wenn in der letzten Zeit auch abgeschwächt. Der „Zeitschrift“-Artikel schließt mit einem schönen Bekenntnis: Der Deutsche Buchdruckerverein werde nach seiner Vergangenheit im ersten Halbjahrhundert eine Ehre darin setzen, „der erste Wiener des deutschen Buchdruckerwesens zu sein“. Das ist viel gesagt. Die Zukunft wird es auswelsen, ob der gute Wille Bedingung durch die Tat findet.

Die „Illustrierte Zeitung“, Verlag von J. S. Weber in Leipzig, halte zum Subläum der Prinzipalsorganisation eine in Schrift, Bild und Druck vorzügliche Spezialnummer herausgebracht. Der hypermoderne Umschlag wird nicht nach jedermanns Geschmack sein, was er inhaltlich einschließt, kann aber den Sachmann wie den Laien befriedigen, denn die fünf Autoren verstehen ihre Sache. Das große Doppeltbild, eine Verarmung der Kreis- und Bezirksvorstände in der Gulenberggasse des Deutschen Buchgewerbes darstellend, hat zeitgeschichtliches Interesse, denn diese Tagung sahle den unsahbaren Entschluß, einen Abbau der Steuerungsulagen vorzunehmen, währenddem alles noch wesentliche Versteuerung erfuhr und leider noch weiter erfährt. Das „Leipziger Tageblatt“ bot aus der Feder des Herrn Otto Säuberlich einen das große Publikum gut informierenden Subläumsartikel.

Aber die literarischen Ausbeute des Buchdruckervereinsubläums kann die Befriedigung wirklich groß sein. Das Kabell wollen wir auch bei diesem Anlasse nicht strapazieren, von kleinlichem Mäkeln aber ebenso absehen. Was gesagt werden mußte, ist geschehen. Wir sind indes gewiß, daß diejenigen Berufs- und Zeitgenossen, die in allem über die Zusammenhänge nachdenken und aus der Vergangenheit für die Zukunft reflektieren, von den Subläumsdruckschriften des Deutschen Buchdruckervereins wertvolle Anregungen empfangen haben, die sich auswerten lassen für die einen in dem, für die andern in jenem Betracht.

Die Subläumsfeier bestand aus einem Begräbnisabend im Blauen Saale des „Krisallpalastes“, in dem bekanntlich während der Pfingsttage 1866 unser Verband gegründet wurde und Jahrzehnte hindurch die Versammlungsaun unsres Leipziger Vereins stattfanden; man bewege sich also auf organisationsgeschichtlichen Boden der Buchdrucker. Im „Städtischen Kaufhaus“, dessen Saal eine Kunststätte von großer Tradition ist, fand der Festakt statt und in dem Saale des „Zoologischen Gartens“ dann ein Festmahl. Die „Zeitschrift“ berichtet darüber in schlichter Kürze. Es wurden nachstehende Reden gehalten. Auch die Kleinstaatlen Faktorenbund und Gulenbergbund stehen durch ihre Vorstehenden Winkler und Bräunerl Glückwünsche ausprechen; letzterer meinte, nicht falsch verstandener Kommunismus und Sozialismus dürfe die Lösung sein, sondern Gemeinschaftsarbeit im Sinne der bisherigen Arbeit des Deutschen Buchdruckervereins. Der sächsische Regierungsreferent Geheimrat Dr. Sillen hatte glücklicher gewählte Momente in seiner Rede, indem er die Schaffenskraft des Subläumsvereins anerkannte, aber auch die Wichtigkeit der Gehilfen hervorzuheben für notwendig fand. Seine weitere Meinung, das deutsche Buchdruckerwerk werde sich künftig nur durch Qualitätsarbeit auf dem Weltmarkt behaupten können, hat wohl schon für die Vergangenheit Berechtigung gehabt, mag sie in der ferneren Zeit auch noch zutreffender werden. Es ist erfreulich, daß Sachsen mit Staatsmitteln hierzu beiträgt, indem etwa 4 Mill. Mh. jährlich für buchgewerbliche Fachschulen aufgewendet werden. Im Deutschen Reich ist Sachsen ja auch der graphischen Industrie ein reiches Wirkungsgebiet, denn 20 Proz. aller „Graphiker“ sind nach der Behauptung des Subläumsredners von der Regierung im Sachsenlande beschäftigt. Auch die Bemerkung des Direktors der staatlichen Akademien für graphische Künste und Buchgewerbe in Leipzig, die Buchdrucker seien die Gardepioniere beim Aufbau des neuen Deutschlands, verdient hier festgehalten und zur Wahrnehmung allen empfohlen zu werden. Unser Verband war nicht vertreten; es wurde dafür die zum 15. August vom Verbandsvorstande überlieferte Adresse verlesen.

Möge das Subläum des Deutschen Buchdruckervereins einen Anstoß geben, auf das aus seinem Streben „Erfolg für die Allgemeinheit, der soziale Ideen fruchtbar wurden“, wie Dr. Keller in seinem Schlußwort sagt, noch kräftiger und umfassender erblicke. Die noch ältere Gehilfensorganisation hat sich in ihrer Arbeit auf diese Zielrichtung zum mindesten ebenbürtig erwiesen.

Lübeck. Mit großer Spannung erwarteten die hiesigen Kollegen das Ergebnis der diesmahligen Tarifauschließung. Hoffte man doch allgemein, daß es einen Ausgleich gegenüber den sonstgeleit steigenden Preisen aller Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel bringen würde. Aber weit gefehlt! Sileg im Monat September z. B. der Preis für ein Liter Milch von 48 auf 68 Pf., wurden für die beiden letzten Wochenschnitte des laufenden Rechnungsjahrs die Steuern verdoppelt, so wurden uns an Steuerzulage ab 1. Oktober 12 Mh. gewährt. Scharfe Kritik übte die sehr stark besuchte Versammlung vom 3. September an dem mangelnden Entgegenkommen der Prinzipale. Verlangt wurde, daß vor Abschluß eines neuen Tarifvertrags unter den Verbandsmitgliedern unbedingt eine Urabstimmung vorgenommen wird. Die Druckerei Friedrich Mener & So. („Lübecker Volksbote“) erhöhte die Zulage um 3 Mh. und brachte sie bereits ab 1. September zur Auszahlung. Leider folgten die andern hiesigen Druckereien diesem guten Beispiele nicht, obwohl es auch ihnen bei gutem Willen möglich wäre.

Meissen. Nach längerer Pause fand am 21. September in Weisbilla unsre Bezirksversammlung statt. Trotz des schlechten Wetters hatten sich 72 Kollegen aus acht Druckern eingeladen. An das Referat des Gauvorstehers Wendische (Dresden) über die letzte Tarifauschließung anschließend, wurde das Ergebnis einer abfälligen Kritik unterzogen. Die Provinz sei auch diesmal wieder gegenüber der Großstadt zurückgeblieben worden. Der horrende Unterschied von 30 bis 35 Mh. zwischen Großstadt- und Provinzgehältern sei jedenfalls durch nichts gerechtfertigt, zumal die rationierten Lebensmittel in der Großstadt nicht teurer seien als in der Provinz, ebenso auch die im freien Handel erhältlichen, welche die Provinz nachgewiesenermaßen noch teurer bezahlen müsse. Die neuen Steuerungsulagen seien durch das sonstgeleit Steigen aller Lebens- und Bedarfsartikel längst überholt und völlig ungenügend. Die Gehilfenreferate hätten das Vertrauen der Provinz verloren. Mit großer Mehrheit wurde eine Resolution angenommen, in der die Zulage von 6 bzw. 8 Mh. in den Provinzorten für ganz unzureichend erklärt und unerzügliche Inangriffnahme neuer Tarifverhandlungen mit von der Provinz gewählten Vertretern beantragt wird. Nach den vom Gauhafter Steinbrück (Dresden) gemachten Ausführungen zum Kasernenbericht des Gaues kam unter Punkt „Situationsberichte“ zum Ausdruck, daß die Verhältnisse in den einzelnen Druckorten des Bezirks zufriedenstellend genannt werden können. Kollege Ambrosch richtete die Einladung an die Mitglieder des Bezirks, an dem 50jährigen Gründungs-jubiläum der Mittelliedschaft Meissen zahlreich teilzunehmen. Zum Schluß appellierte Kollege Wendische an die Mitglieder, allzeit die Einheit und Geschlossenheit hochzuhalten. Damit schloß die anregend verlaufene Versammlung.

Pirmasens. Unsre diesjährige Bezirksversammlung fand am 21. September in der alten Herzogstadt Zweibrücken statt. Nach einer Begrüßung der Erschienenen durch Vorstehenden Böhm fanden vier Kollegen Aufnahme in unsre Organisation. Der Vorstehende wies in seinem Halbjahrsbericht auf die großen Schwierigkeiten hin, mit welchen wir bei Einführung der Malabmachungen innerhalb unsres Bezirks zu kämpfen hatten. In Zweibrücken kam es zu einem zweitägigen Streik, der durch Vermittlung des Gewerbers in Speier und durch Eingreifen der französischen Besatzungsbehörde beigelegt wurde. Die Nachwehen machten sich nachträglich noch bemerkbar, indem je ein Kollege in Pirmasens und Zweibrücken gemahregelt wurden. Für die Allgemeinheit der Kollegen dürfte es von Interesse sein, die unsre Kampfesart kennen zu lernen, mit welcher gewisse Prinzipale unsres Bezirks gegen die Einführung der Steuerungsulagen operierten. Diese Herren hatten den traurigen Mut, unsre Kollegen als „Heber“ und „Spartakisten“, die über den Rhein geschoben werden müßten, bei der französischen Besatzungsbehörde bzw. bei der Polizei zu denunzieren! Sämtliche Disziplinareneren verwarfen die minimale Ertragschaft der letzten Tarifverhandlungen. Der Antrag der Prinzipale auf Abbau der Steuerungsulage hätte in ganz Deutschland mit dem sofortigen Generallstreik beantwortet werden müssen. Der ganze Tarifvertrag sei nur ein Bildwerk und bedürfe dringend einer zeitgemäßen Revision. Schließlich wurde ein Antrag angenommen, wonach Sonderabmachungen über bestehende tarifliche Abmachungen innerhalb des Bezirks nicht getroffen werden dürfen. Ferner wurde ein Antrag an den Gauauf genommen, der die Erhöhung der Verwaltungskosten für die einzelnen Bezirke auf 3 Proz. verlangt. Als Kandidaten zum Gauauf wurden vier Kollegen nominiert. Mit einem Appell an die Anwesenden, überall für die frühe Einführung des Tarifs einzutreten, wurde die Versammlung geschlossen.

Haueburg-Mölln. Gegen die bei der letzten Tarifverhandlung für die Kollegen in der Provinz beschlossenen Steuerungsulagen, die in keiner Weise mit den enorm hohen, stets im Steigen befindlichen Lebensmittel- und Bedarfsartikelpreisen in Einklang zu bringen sind, nahm unser Ortsverein in seiner am 23. September in Mölln abgehaltenen Versammlung Stellung und erhob schärfsten Protest gegen die wiedererfolgte Zurückleitung der Provinzkollegen bei Bemessung der Steuerungsulagen. Allgemein bedauert wurde, daß man an maßgebender Stelle nicht endlich einsehen gelernt hat, daß die Steuerung keine billige, sondern eine allgemeine, überall herrschende ist und aus diesem Grund eine Staffelung der Steuerungs-

zulagen wie gesehen wenig Anspruch auf Gerechtigkeit erheben dürfte, vielmehr ein bedees Zeugnis davon ablegen, daß man über die Notlage der bei allen gewährten Steuerungszulagen zurückgebliebenen Provinzialkollegen absolut in Unkenntnis zu sein scheint, denn sonst hätten derartige Beschlüsse nicht gefaßt werden können. Die herrschende Stimmung unter den Kollegen fand ihren Niederschlag in einer einstimmig angenommenen Resolution. Darin hat man zum Ausdruck, daß die Verammelten sich in keiner Weise mit den Ergebnissen der letzten Tarifverhandlungen einverstanden erklären. Sie bedauern lebhaft, daß die Bemessung der Steuerungszulagen für die Provinzialkollegen so minimal seien, daß sie absolut in keiner Weise mit den enorm hohen, stets im Steigen stehenden Lebensmittel- und Bedarfsartikelpreisen in Einklang zu bringen sind. Sobald als möglich müsse ein Ausgleich der Steuerung in den Provinzialstädten stattfinden, und zwar durch nennenswerte höhere Entlohnung der Provinzialkollegen. In Zukunft seien bei Bemessung der Steuerungszulagen den Provinzialstädten die gleichen Zulagen zu gewähren wie den Großstädten.

Recklinghausen. Außerst zahlreich waren am 21. September die Kollegen des Ortsvereins Recklinghausen erschienen, um den Bericht des Kollegen Friedemann (Boschum) über die letzte Tarifauschüßung entgegenzunehmen. Recht lebhaft gestaltete sich die Diskussion. Ohne Ausnahme wurde von allen Diskussionsrednern bedauert, daß auch diesmal wieder herzlich wenig Verständnis für die Notlage der Gehilfenschaft gezeigt worden sei, wobei besonders auf die Unterschiede der Steuerungszulage für Groß- und Provinzialstadt hingewiesen wurde, welche ungünstliche Politik lebhaft bekämpft werden mußte. Andre Bemerkungen in der Ferienfrage für Beihilfen hatten bisher leider nur negativen Erfolg, da die Bewilligung der Ferien nicht tarifliche Pflicht, sondern nur von dem Wohlwollen der Prinzipalität abhängig ist. — Im Anschluß an die Ortsvereinsversammlung veranstaltete die neu ins Leben gerufene Graphische Vereinigung eine äußerst interessante Druckausstellung.

Reichenbach (Schl.). Am 23. September fand eine allgemeine Buchdruckerverversammlung statt, zu welcher fast sämtliche Gehilfen von Reichenbach und Langenbielau erschienen waren. Nach Eröffnung durch Kollegen Heinrich gab Gauvorsteher Fiedler (Breslau) einen Bericht über die Tarifverhandlungen. Nach einem allgemeinen Überblick über die wirtschaftliche Lage ging er auf das eigentliche Thema ein. Die Verammlung dankte dem Redner für seine lehrreichen Ausführungen. In der Diskussion brachten einige Kollegen die Preisunterstützung in Bedarfs- und Lebensmittel zwischen Breslau und der hiesigen Industriegegend, wo wir alles viel teurer bezahlen, zur Sprache und kritisierten die Zurückstellung der Provinzialkollegen in der Lohnfrage.

h. Schweinfurt a. M. (Bezirksversammlung.) Die sehr zahlreich erschienenen Mitglieder sowie unsern Gauvorsteher konnte Vorsteher Brunn in unsern Bezirksversammlung am 21. September aufs herzlichste begrüßen. Kollege Hemmerich verstand es trefflich, den Verhandlungsgang der Tarifauschüßung den Anwesenden vor Augen zu führen, wofür ihm lebhafter Beifall zufließt wurde. Der Referent vergab auch nicht, einen kurzen Appell an die jüngeren Kollegen zu richten, sich mehr der beruflichen Fortbildung zu widmen. Es wurde eine Resolution gefaßt, die dem Verbandsvorstand überhandelt wurde. Darin sprachen die Verammelten den Gehilfenvertretern ihren Dank aus, bemerkten jedoch weiter, daß mehr hätte erreicht werden müssen, und verlangten, daß durch Erhöhung des Lohnzuschlags ein Ausgleich geschaffen wird, der den Schweinfurter Verhältnissen gerecht wird.

F. Zerbst. (Vierteljahrsbericht.) Die im dritten Quartal abgehaltenen Versammlungen waren durchweg gut besucht. In der Versammlung am 12. Juli wurde die Gründung einer Graphischen Vereinigung einstimmig beschlossen. Am 5. September hatten sich mehrere Kollegen nach Dessau begeben, um den Bericht unfers Gehilfenvertreterers König (Salle) über die Verhandlungen des Tarifauschusses entgegenzunehmen. In unserer letzten Monatsversammlung wurde dann zu den erwähnten Verhandlungen Stellung genommen und seitens der Kollegen das Bedauern zum Ausdruck gebracht, daß die bewilligte Zulage den jetzigen Selbstverhältnissen bei weitem nicht entspräche; jedoch müsse man sich mit dem Erreichten zufrieden geben. Vom 1. Januar 1920 ab erhält Zerbst einen Lohnzuschlag von 7/10 Proz. Die Kaffertgeschäfte hat der Kollege Friedrich Albert, Kasseoplatz 1, wieder übernommen.

o o o Rundschau o o o o o

Nachahmendes Beispiel. Anlässlich der silbernen Hochzeit des Herrn S. Kurz, Inhaber der Firma Eger & Co., Vereinigte Papierwarenfabriken in München, Kapuzinerstraße 9, erhielt das gesamte Personal einschließlich Lehrlingen usw. für das erste Beschäftigungsjahr 20 Mk., steigend um je 5 Mk. für jedes weitere Jahr. Es sind somit ganz ansehnliche Beträge an das Personal ausbezahlt worden.

Gegen die Anzeigensteuer. Der Verein Deutscher Zeitungsverleger hat wegen der Anzeigensteuer an die Deutsche Nationalversammlung eine Denkschrift gerichtet, worin alle Nachteile dieser Steuer für das Zeitungs- und Verlagsgewerbe eindringlich vor Augen geführt werden. Es wird darin betont, daß es sich beim Zeitungs- und Verlagsgewerbe um keine Luxusindustrie handle, sondern um ein Gewerbe, das alle Volksschichten mit täglicher geistiger Kost versehen mußte. Die weitaus größte Zahl aller Zeitungen sei materiell sehr

schwach fundiert, weshalb die neue Belastung ohne Über-treibung zum Zusammenbrüche zahlreicher mittlerer und kleiner Zeitungen führen müsse, wovon jedenfalls auch politische Zeitungen betroffen würden. Eine Aufzählung der Mehrbelastungen der Zeitungsunternehmen gegen die Zeit vor dem Kriege ergibt, daß sich der Preis des Zeitungspapiers von 20 M. für ein Kilo auf 1,13 M., also auf das Sechsfache erhöht hat; was für eine mittlere Zeitung eine Erhöhung der Jahresausgabe für Papier um 600000 M. ausmacht. Die Ausgaben für Löhne und Gehälter haben sich für eine mittlere Zeitung ebenfalls um 500000 M. erhöht. Dazu kommen noch die bedeutenden Erhöhungen der Post- und Telefongebühren, ferner wesentliche Erhöhungen für alle sonstigen technischen Hilfsmittel, ferner die Erhöhung der Umsatzsteuer um 1 Proz. Es sei irrig, anzunehmen, daß die Anzeigensteuer auf die Inserenten abgewälzt werden könne, da die Inseratenpreise jetzt schon so hoch seien, daß jede weitere Verteuerung nur eine Einschränkung nach Zahl und Umfang nach sich ziehen werde. Aber selbst wenn eine Abwälzung möglich wäre, so würde dies zum größten Teil eine Belastung des minderbemittelten Teiles der Bevölkerung bedeuten, und zwar durch Verteuerung der Stellengesuche, des An- und Verkaufs von Gebrauchsgegenständen, kleiner Geschäfte, anzeigen usw. Die Großinserenten werden ihren bisherigen Reklametat nicht erhöhen, sondern die Zahl und Größe ihrer Inserate diesem anpassen. Dies trifft aber gerade die mittleren und kleineren Zeitungen, weil diese dabei am ersten von den Großinserenten gestrichen werden; die großen Blätter werden nach wie vor auch bei erhöhten Inseratenpreisen von den Großinserenten bevorzugt werden, weshalb nicht sie, sondern die kleineren und mittleren Zeitungen von der Anzeigensteuer am meisten betroffen werden. Alle diese Gründe wurden in eindringlicher Weise auch den Kommissionenmitgliedern für die Beratung des Umsatzsteuergesetzes zur Kenntnis gebracht, fanden aber, wie wir schon in Nr. 122 mitgeteilt haben, leider keine Berücksichtigung.

Preiswucher der Buchdruckfarbenfabriken. Der Verband der Deutschen Buchdruckfarbenfabriken hat wiederum mit sofortiger Wirkung die Preise für Druckfarbe erhöht, und zwar von 180 auf 220 M. für 100 kg, ohne einen Nachweis für die Notwendigkeit zu führen. Ein Mangel an Rohstoffen kann keine Rolle spielen, da der Verband gleichzeitig bei der Reichsstelle einen Antrag stellte, die Ausfuhr völlig freizugeben. Es hat den Anschein, daß das hauptsächlich deshalb geschieht, um die Preise im Inlande noch weiter erhöhen zu können, wie dies bei einer großen Anzahl anderer Fabrikate vielfach beobachtet werden konnte.

Entwicklung der Buchdruckerkunst im XIX. Jahrhundert (Ausstellung in Leipzig). Im Deutschen Buchgewerbeausstellung in Leipzig findet gegenwärtig eine Ausstellung statt, die der Entwicklung der Buchdruckerkunst im XIX. Jahrhundert gewidmet ist. In Querschnitten durch die einzelnen Sparten wird die gesamte Entwicklung aufgerollt. Nur typographisch Wertvolles ist ausgestellt, mag es auch vielfach nicht mit dem gegenwärtigen Geschmack übereinstimmen. Die Ausstellung zeigt, daß nicht nur technisch, sondern auch ästhetisch Hervorragendes in den vergangenen Jahrzehnten geleistet wurde, und bietet manche Anregung für Fach- und Laienkreise. Angehängt ist eine Vorführung von Drucker- und Verlegerstatistiken von etwa 1480 bis gegen 1900. Parallel dazu wird die Entwicklung der typographischen Maschinen (Handpressen, Schnellpressen, Setz- und Gießmaschinen) durch Zeichnungen, Modelle und wertvolle alte Originalstücke gezeigt.

Die photographierte Zeitung. In Amerika will man jetzt eine „photographierte Zeitung“ erfinden haben. Die ganze Zeitung wird nicht mehr mit der Hand oder der Maschine gesetzt, sondern einfach von Schreibmaschinen-seiten photographiert. Nach den ziemlich kurz gehaltenen Berichten ausländischer Zeitschriften sollen die ersten Versuche recht gut gelungen sein. Immerhin sind begründete Zweifel an der ganzen Nachricht mehr als berechtigt. Denn selbst der Fachmann wird sich kein Bild von dieser photographierten Zeitung machen können, soweit nämlich die schnelle Herstellung großer Auflagen in Frage kommt. So wird man also weitere Nachrichten abwarten müssen, ehe man sich über die Tragweite dieser Erfindung klar wird.

60 Proz. Dividende! Die Generalversammlung der Ammendorfer Papierfabrik beschloß auf Antrag eines Aktionärs außer den vom Aufsichtsrat vorgeschlagenen 40 Proz. Dividende mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse und die reichlich vorhandenen Mittel noch 200 M. Sondervergütung gleich weiteren 20 Proz. auszuschütten. Was sagt der Reichsausschuß für die Papierindustrie zu einer solchen unerhörten Ausbeutung der Papierindustrie und ihrer Auftraggeber?

Um den Reichstarif in der Holzindustrie. In zahlreichen Städten in den verschiedenen Teilen des Reiches stehen die Holzarbeiter im Streik. Von größeren Städten seien genannt: Königsberg, Oerlik, Halle, Halberstadt, Gera, Oldenburg, München, Regensburg usw. In einigen Städten und für ganze Gebiete, so z. B. für Obersachsen, ist der Reichstarif anerkannt; in Württemberg und Baden ist schon früher ein Tarifvertrag abgeschlossen worden, der in manchen Punkten noch weiter geht als der Reichstarif, und der insbesondere auch die fristigen Fragen (Betriebs-räte und Beihilfswesen) regelt. Auch in den Streikhörten hat schon eine ganze Anzahl Unternehmer den Reichstarif anerkannt. Das Verhältnis für die Bedeutung des Kampfes ist allerdings nicht überall in wünschenswertem Maße vorhanden. An manchen Orten, meist handelt es sich dabei um kleinere Plätze, haben sich die Arbeiter damit abgefunden, daß ihnen die materiellen Bedingungen

des Reichstarifs, nämlich neben den Steuerungszulagen und den erhöhten Löhnen insbesondere auch Ferien, zu-gestanden wurden. Bedauerlich ist es, daß auch die Berliner Holzarbeiter mit den Unternehmern ein Abkommen getroffen haben, in welchem nur der materielle Inhalt des Reichstarifs festgelegt ist, auf die Einbeziehung der Rechte der Betriebsräte und des Beihilfswesens aber verzichtet wurde. Die Unternehmer in den Streikhörten empfinden diesen Verzicht der Berliner Arbeiter natürlich als eine Stärkung ihrer Position, aber es wird ihnen nicht viel helfen. Die Streikenden stehen fest zu ihrer Forderung und sie sind entschlossen, sie durchzusetzen. Zur Beurteilung der Verhältnisse muß im Auge behalten werden, daß es sich um die Durchführung eines Tarifvertrags handelt, der mit der Sanktionierung des Arbeitsvertragsverbandes ver-einbart wurde und für dessen Annahme diese auf der Generalversammlung der Unternehmer mit aller Entschlossen-heit eingetreten ist. Die Holzarbeiter kämpfen also für Forderungen, deren Berechtigung von der zuständigen Vertretung der Unternehmerorganisation ausdrücklich an-erkannt ist.

Offene Arbeiter- und Gewerkschaftssekretariate. Für das Arbeitersekretariat in Steffin wird zum baldigen Antritt ein eingearbeiteter Arbeitersekretär gesucht. Bewerbungen sind bis 8. November an das Gewerkschaftssekretariat Steffin, Große Dorfstraße 18/20, zu richten. Das Bezirkskartell in M. Gladbach sucht einen Gewerkschaftssekretär, der die Geschäfte des Kartells leiten und den Arbeitersekretär vertreten soll. Den Bewerbungen für diesen Posten ist eine Abhandlung über: „Die Tätigkeit und Aufgaben eines Gewerkschaftssekretärs“ beizulegen, sie sind bis zum 15. November an Heinrich Müller, M. Gladbach, Königstraße 13, zu richten.

Erzwingene Lohnerhöhung als Erpressung. Im Januar d. J. streikte auf einem Kahlbergwerke bei Halle die Belegschaft zur Erzielung eines höheren Lohnes. Als der Direktor sich weigerte, einen höheren Lohn zu zahlen, da er allein dazu nicht berechtigt sei, versammelte sich vor der Wohnung desselben eine Anzahl Bergleute. Im Schlimmeren zu verhalten, unterzeichnete schließlich der Direktor die von einem Steiger schriftlich vorgelegten Forderungen der Streikenden. Mehrere waren der Steiger und noch zwei Bergleute von der Strafammer in Halle bestraft worden, und zwar der erstere zu 9 Monaten, die beiden andern zu je 3 Monaten Gefängnis wegen Erpressung. Ihre hiergegen eingelegte Berufung ist jetzt vom Reichsgericht verworfen worden, trotzdem die Be-trasteten ihre damalige Notlage, die mit den Selbstverhältnissen nicht Schritt haltenden Löhne, dargetan hatten.

Erweiterte Zuständigkeit der Kaufmannsgerichte. Der Ausschub für soziale Angelegenheiten befaßte sich mit einer Petition, die Zuständigkeit der Kaufmannsgerichte auf Gehälter bis zu 12000 bis 18000 M. zu erhöhen. Er erkannte die Notwendigkeit an, bei dem gestuften Geldwert und der Steigerung der Gehälter eine Erhöhung der Zuständigkeitsgrenzen der Kaufmannsgerichte bis etwa 10000 M. an und beschloß, die Petition der Reichsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Steuerungszulagen für Schöffen und Geschworene. Das „Reichsgeheblatt“ Nr. 203 verkündet, daß die Lage-gelder und Reisekosten der Schöffen und Geschworenen ab 1. November d. J. bis auf weiteres auf das Doppelte erhöht werden.

Überfüllung der akademischen Berufe. Aus Anlaß der Zulassung der Volksschullehrer zu den Hochschulen fand eine Besprechung der Unterrichtsminister der Einzelstaaten statt, die sich grundsätzlich damit einverstanden erklärten. Hierbei wurden jedoch Befürchtungen laut, daß namentlich eine große Überfüllung der akademischen Berufe eintreten würde, weshalb den Abiturienten dringend anzuraten ist, andre Berufe zu ergreifen.

Die Naturheillehre an den Universitäten. Der ein-stimmige Beschluß der preussischen Landesversammlung, u. a. Vorkurs für physikalische Therapie (Naturheillehre) und Homöopathie an den Universitäten einzurichten, wozu Kultusminister Haenisch die ausdrückliche Zustimmung der preussischen Regierung erklärte, hatte die ärztlichen Zeitschriften der orthodoxen Medizin auf den Plan gerufen. Sie bezweifelten den Beschluß als überflüssig, und soweit er der Naturheillehre und der Homöopathie Zugang zur Universität verschaffen soll, sogar als schädlich. Hierzu erklärt nun der Ausschub für Bevölkerungspolitik zu ihrer Beruhigung, daß sich der Beschluß dem Sinne nach mit einem früheren Beschluß des Ausschusses des alten Reichstags decke. Die angehenden Ärzte und Medizinbeamten sollten danach schon an den Universitäten Gelegenheit haben zum Studium der Medizin auf der Grundlage der vergleichenden Biologie; die vorhandenen Kliniken und Polikliniken und Krankenhäuser sollten für die Behand-lung nach biologischen Methoden, wie sie unter den Bezeichnungen „Naturheillehre und Homöopathie“ schon lange geübt seien, bereit gestellt werden. Dies von Prof. Dr. Rabänder (3.), Zimmer (Breslau [S.]) und Dr. Well (U.) beantragte Erklärung wurde mit 17 gegen 9 Stimmen gutgeheißen, worüber wir feinerzeit berichten. Durch dieses Beruhigungspulver liegt hoffentlich der Durch-führung des Beschlusses nichts mehr im Wege. Oder soll es auch jetzt noch nichts werden, trotz der Einstimmigkeit, nur weil die strenggläubigen Mediziner fürchten, aus ihrer Monopolstellung in der Krankenbehandlung verdrängt zu werden? Die schon seit 15 Jahren erhobene Forderung weiter Volksschritte und der einseitigen Ärzte, die den Auf-zur Wahrheit haben, muß aber endlich verwirklicht werden zum Wohle der leidenden Menschheit.

